

Söder droht mit Sanktionen



Wer sich nach der Rückkehr aus einem Risikogebiet (alle aktuell betroffenen Länder siehe weiter unten) nicht unmittelbar nach der Ankunft testen lässt, muss in Bayern mit Sanktionen rechnen. Zwar gebe es bereits die Regelung, dass man nach der Rückkehr aus einem Risikogebiet in eine 14-tägige Quarantäne gehen müsse. Aber wie Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder gestern in der ARD sagte, glaube er nicht, dass das überall eingehalten werde. Die steigenden Fall-Zahlen machen aber Sorge: Die Unvernunft vieler Menschen sei das Problem, es seien nicht die Regeln das Problem, so Söder. Aktuell seien manche Partys und große Feiern der Ausgangspunkt für neue Infektionen. Man müsse die Vernünftigen vor den Unvernünftigen schützen ...

Die bayerische Staatsregierung hatte vor einigen Tagen ihre Test-Strategie für die kommenden Wochen vorgestellt. Wer mit dem Auto aus dem Urlaub zurückkehrt, kann sich im Freistaat an grenznahen Teststationen testen lassen – auch im Landkreis (wir berichteten bereits).

Bei den geplanten Pflicht-Tests gibt es allerdings eine schwer zu schließende Lücke: Während an den Flughäfen vergleichsweise einfach zu ermitteln sein dürfte, wer aus einem Risikogebiet kommt, sind die Behörden bei Reisenden mit dem Zug oder Auto auf **die Ehrlichkeit der Menschen angewiesen**. Söder zufolge zielt aber seine Forderung, dass auch für Auto-Heimkehrer eine sofortige Test-Pflicht zuhause beim Hausarzt bestehen soll, genau darauf ab.

Der CSU-Chef erneuerte auch seine Forderung, Risikogebiete künftig detaillierter auszuweisen. Man müsse permanent genau prüfen, ob die Risikogebiete von vor einer Woche auch tatsächlich noch die aktuellen seien ...

Als Risikogebiete gelten laut Robert-Koch-Institut aktuell – Stand heute, Freitag, 31. Juli:

Afghanistan

Ägypten

Albanien

Algerien

Angola

Antigua und Barbuda

Äquatorialguinea

Argentinien

Armenien

Aserbaidtschan

Äthiopien

Bahamas

Bahrain

Bangladesch

Barbados

Belarus

Belize

Benin

Bhutan
Bolivien
Bosnia und Herzegowina
Brasilien
Burkina Faso
Burundi
Cabo Verde
Chile
Costa Rica
Côte d'Ivoire
Dominica
Dominikanische Republik
Dschibuti
Ecuador
El Salvador
Eritrea
Eswatini
Gabun
Gambia
Ghana
Grenada
Guatemala
Guinea
Guinea Bissau
Guyana
Haiti
Honduras
Indien
Indonesien
Irak
Iran
Israel
Jamaika
Jemen
Kamerun
Kasachstan
Katar

Kenia
Kirgisistan
Kolumbien
Komoren
Kongo DR
Kongo Rep
Korea (Volksrepublik)
Kosovo
Kuba
Kuwait
Lesotho
Libanon
Liberia
Libyen
Luxemburg
Madagaskar
Malawi
Malediven
Mali
Marokko
Mauretanien
Mexiko
Mongolei
Montenegro
Mosambik
Namibia
Nepal
Nicaragua
Niger
Nigeria
Nordmazedonien
Oman
Pakistan
Palästinensische Gebiete
Panama
Papua-Neuguinea
Paraguay

Peru
Philippinen
Republik Moldau
Ruanda
Russische Föderation
Saint Kitts und Nevis
Saint Lucia
Saint Vincent and the Grenadines
Sambia
São Tomé und Príncipe
Saudi Arabien
Senegal
Serbien
Seychellen
Sierra Leone
Simbabwe
Somalia

Spanien – folgende autonome Gemeinschaften gelten hier derzeit als Risikogebiete:

Aragón
Katalonien
Navarra

Sri Lanka
Südafrika
Sudan
Südsudan
Surinam
Syrische Arabische Republik
Tadschikistan
Tansania
Timor Leste (Osttimor)
Togo
Trinidad Tobago
Tschad
Türkei

Turkmenistan

Uganda

Ukraine

USA

Usbekistan

Venezuela

Vereinigte Arabische Emirate

Zentralafrikanische Republik